

# Brutschin gerät unter Druck

SP-Wirtschaftsdirektor veröffentlicht «vertrauliche» Studie zu Sozialhilfe-Projekt

VON ANDREAS MAURER

Die Basler Regierung beauftragte die Zürcher Beratungsfirma Econcept AG damit, das Sozialhilfe-Projekt Passage zu evaluieren. Das vor fünf Jahren eingeführte Projekt verpflichtete Sozialhilfebezüger zu einmonatigen Arbeitseinsätzen. Anlass für die Evaluation war, dass das Projekt nach der Pilotphase aus einer anderen Kasse hätte finanziert werden müssen. Bisher war Geld im Überfluss vorhanden. Passage wurde über den Krisenfonds zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit finanziert, der jährlich mit sechs Millionen Franken aus der Staatskasse gefüllt wird. Passage kostet knapp eine Million Franken pro Jahr. Nach den ersten fünf Jahren hätte die Sozialhilfe das Projekt nun aber aus der eigenen Kasse finanzieren müssen. Dabei geriet man im Wirtschafts- und Sozialdepartement von SP-Regierungsrat Christoph Brutschin in Erklärungsnot. Denn die Regierung hat sich ein Sparprogramm verordnet. Ende Mai beschloss sie, das Projekt abzubrechen.

Nicole Wagner, Amtsleiterin der Sozialhilfe, wollte die Studie nicht herausgeben. Sie sagte: «Die Evaluation ist vertraulich, weil sie datenschutzrelevante Angaben enthält.» Nun hat ihr Vorgesetzter interveniert: Nachdem die «Schweiz am Sonntag» ein Gesuch gestützt auf das Öffentlichkeitsprinzip eingereicht hatte, veröffentlichte Brutschin die Studie.

Im 57-seitigen Dokument, das von drei Politologen der Econcept AG verfasst wurde, sind keinerlei Angaben zu finden, die für den Datenschutz relevant sein könnten. Der Grund für die anfängliche Geheimhaltung ist vielmehr dar-



Christoph Brutschin. NICOLE NARS-ZIMMER

«Brutschin scheut sich vor dem Konflikt mit der Sozialhilfe-Vorsteherin.»

JOËL THÜRING, SVP-GROSSRAT

auf zurückzuführen, dass die Studie auch für die Beibehaltung von Passage Argumente liefert. Sie macht der Regierung Empfehlungen, wie sie das Projekt für eine Weiterführung verbessern könnte. Handlungsbedarf sehen die Politologen bei den unentschuldeten Abbrüchen. Jeder dritte Sozialhilfebezüger brach den Arbeitseinsatz ohne Entschul-

digung ab. Mit wenigen Ausnahmen erhielten diese trotzdem die Sozialhilfe ausbezahlt. Die Studienautoren kritisieren, dass die Behörden wenig über die Gründe für die unentschuldeten Abbrüche wissen. So sei unklar, ob die Mehrheit der Abbrecher wegen fehlender Motivation oder persönlicher Probleme nicht zur Arbeit erschienen sei. Die Studie schlägt deshalb eine systematische Erfassung der Probleme und Abbruchgründe vor. Damit könne das Profil von Passage geschärft werden.

SVP-GROSSRAT JOËL THÜRING setzt sich dafür ein, dass die Empfehlung umgesetzt wird und die Regierung Passage weiterführt. Er fordert, dass Sozialhilfebezüger, die keine Lust hätten, zu arbeiten, konsequent sanktioniert werden. Auf diese Weise geht die Stadt Winterthur vor, von der Basel das Projekt übernommen und abgeschwächt hat. Thüring wirft Brutschin vor, dass er sich von der Sozialhilfe-Chefin, die einst bei der Linkspartei Basta politisierte, in die falsche Richtung lenken lasse. Brutschin scheue sich vor dem Konflikt mit ihr. In der Wirtschaftspolitik verkaufe sich Brutschin gut, urteilt Thüring, doch in der Sozialpolitik falle er vor allem damit auf, die Verwaltung aufzublähen.

Ursprünglich stand auch Brutschins Partei hinter Passage. Der linke Flügel der SP war jedoch skeptisch. Befürchtet wurde, dass Sozialhilfebezüger diskriminiert würden. SP-Grossrätin Sarah Wyss begrüsst nun den Abbruch, «wenn Experten zum Schluss kommen, dass die Massnahme wenig Erfolg zeigt». Sie sagt: «Passage war umstritten und der Abbruch gibt natürlich den Kritikern recht.»

# Mehr Ferien als Scheinerfolg

Der GAV fürs Spitalpersonal birgt reichlich Konfliktpotenzial

DIE FREUDE über das Zustandekommen des Gesamtarbeitsvertrags (GAV) für das Kantonsspital und für die Psychiatrie Baselland ist gross, vielleicht zu gross. Diese Woche verkündeten die Sozialpartner, dass man sich «nach intensiven und guten Verhandlungen» geeinigt habe.

Der GAV tritt am 1. Januar 2016 in Kraft. Auf den ersten Blick macht es den Anschein, als hätten die Personalverbände einen klaren Erfolg für die rund 4000 Angestellten erzielt. So werden beispielsweise die Erziehungszulagen künftig unabhängig vom Beschäftigungsgrad ausgerichtet, und das Doppelbezugsverbot entfällt. Spital- und Psychiatriemitarbeiter dürfen neu auch Zulagen beziehen, wenn der Partner oder die Partnerin davon profitiert. Positiv beurteilt wurden auch die zusätzlichen Ferientage. Nach dem dritten Dienstjahr erhalten die Mitarbeiter jährlich zwei Tage mehr als bisher.

Offenbar blieb aber bei den GAV-Verhandlungen eine wichtige Frage ungeklärt. Wer kompensiert die zusätzlichen

tausende Ferientage im Kantonsspital und in der Psychiatrie? Für Marianne Meyer von der Gewerkschaft VPOD Region Basel ist der Fall klar: «Das Plus an Ferien darf nicht dazu führen, dass das Personal den Mehraufwand selber stemmen muss.» Für sie ist es «eine absolute Notwendigkeit», dass das Kantonsspital mehr Mitarbeiter anstellt.

IM KANTONSSPITAL sieht man das ganz anders. Spitalsprecherin Christine Frey sagt, dass das Unternehmen während der GAV-Verhandlungen Berechnungen vorgenommen habe. «Wir kommen zum Schluss, dass wir nicht mehr Personal benötigen werden, und planen somit keine solche Personalaufstockung.» Nur in Ausnahmefällen könne es zu einer nochmaligen Überprüfung des Stellenplans kommen. Dieser Meinung sind die Spitalverantwortlichen, obwohl der Arbeitsaufwand im Vergleich zum Vorjahr wieder gestiegen ist. Die Bettenauslastung bezeichnete Frey unlängst als «anhaltend hoch».

LEIF SIMONSEN

# Scientology bringt eine Anzeigenflut

DIE PSYCHOSEKTE Scientology, die in Basel einen neuen Hauptsitz eröffnet hat, erregt die Gemüter. Elf Anzeigen sind bisher bei der Polizei durch Personen eingegangen, die sich durch das missionarische Ansprechen von Passanten oder durch Sekten-Flyer gestört sehen. Keine der Anzeigen hat jedoch zu einem polizeilichen Ermittlungsverfahren nach Artikel 23a des Übertretungsstrafgesetzes geführt. Dies erklärt Polizeisprecher

Martin Schütz auf Anfrage. Die Anzeigen würden ernst genommen, doch die rechtlichen Hürden, ein Verfahren einzuleiten, seien hoch.

Auch die Sekte geht juristisch gegen ihre Kritiker vor. Gemäss Scientology-Sprecherin Annette Loeffler wurden Anzeigen eingereicht: zwei wegen Sachbeschädigung, fünf wegen Körperverletzung, eine wegen Morddrohungen werde vorbereitet.

CHRISTIAN MENSCH

DIE HIEBER HIGHLIGHTS DER WOCHE FÜR SIE · GÜLTIG BIS ZUM 20. JUNI 2015



FÜR BIERFREUNDE.

WEIL SIE BEI HIEBER BESTE BIER-SPEZIALITÄTEN AUS DER REGION BEKOMMEN.

MEIN LEBEN. MEIN LADEN.



**US-Rinderroastbeef John Stone Nebraska**  
wunderbar marmoriert, zart und aromatisch im Geschmack, ein herrliches Stück Fleisch für Steakliebhaber, 1 kg

39.99



**Weihenstephan Frische Butter**  
250-g-Packung (100 g = € 0,44)

0.99



**McCain Golden Longs**  
tiefgefroren, 1-kg-Packung

2.22



**Radieschen** extra große Bunde, aus Deutschland, Klasse 1, Bund

0.49



**Island Arctic Rotbarschfilet** aus den klaren Gewässern Islands, fein aromatisch im Geschmack, 100 g

1.99



**Melfor Würzmittel**  
0,75-L-PET-Flasche (1 L = € 1,32)

0.99



**Whiskas Katzennahrung Multipack**  
verschiedene Sorten, z. B. zarte Leckerbissen  
12 x 100 g (1 kg = € 2,49), Packung

2.99



**Hieber Marktbier-Pils** in der 1 Liter Flasche, aus unserer Mikrobrauerei im Lörrach Markt, zzgl. Pfand, 1-L-Flasche

2.85



**Hieber Marktbier-Pils**  
6 x 0,33-L-Flaschen, zzgl. Pfand (1 L = € 2,42)

4.79

Sind Sie an weiteren Angeboten interessiert? Dann melden Sie sich für unseren Newsletter unter [www.hieber.de](http://www.hieber.de) an.

**Mehr Infos unter [www.hieber.de](http://www.hieber.de) oder unserer Hotline 00 49 76 21 / 9 68 78 00**

Herausgeber: Hieber's Frische Center KG, Kanderweg 21, 79589 Binzen. Alle Preise in €. Gültig für Woche 25.

Abgabe nur in haushaltsüblichen Mengen · Solange Vorrat reicht · Irrtum vorbehalten.

Hieber finden Sie u.a. in  
Lörrach, Weil am Rhein,  
Grenzach, Rheinfelden,  
Nollingen oder Binzen

